

**STADT KARLSRUHE**  
**Stadtamt Durlach**

**Niederschrift Nr. 8/2023**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach  
am: Mittwoch, 12. Juli 2023  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:32 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

-----  
**Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries**

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 20

Es waren anwesend:

**CDU:** OR Henkel, OR Kehrlé, OR Müller, OR Miersch,

**B'90/Die Grünen:** OR Pötzsche, OR Dr. Klingert, OR Köster,  
OR Ruf, OR Elke Frey, OR Stolz, OR Isele

**SPD:** OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

**FDP:** OR Dr. Noé, OR Malisius

**FW:** OR Wenzel, OR Yesil

**AfD:** OR Seidler

**DIE LINKE:** OR Frey

**Es fehlten:**

**a) entschuldigt:** OR Griener, OR Dr. Wagner

**b) nicht entschuldigt:** -

**Schriftführer:**

Carlo Wurm (StaDu)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Herr Dueck (StaDu), Herr Rößler (StaDu),  
Herr Laue (StaDu), Herr Metz (StaDu), Herr Wintermeyer (StaDu), Herr Huber  
(SWK), Herr Meyer (SWK), Frau Regner (BOA), Herr Becker (BOA), Frau Breiting  
(BOA)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 30. Juni 2023, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 7. Juli 2023 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Entschuldigt seien Herr Griener und Herr Dr. Wagner.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 1, Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**, auf. Dazu begrüßt Sie Herrn Huber und Herrn Meyer von den Stadtwerken.

**Herr Meyer (SWK)** führt aus, dass er zunächst darauf zu sprechen kommen wolle, warum die Stadtwerke eine zweite Leitung nach Durlach bauten. Das habe den Grund, dass die Fernwärme sehr stark nachgefragt sei, auch in Durlach. Im letzten Jahr sei es vor allem durch den Ukrainekrieg getrieben worden, vor einem dreiviertel Jahr auch durch die Thematik, dass ein neues Wärmegesetz im Raum stehe. Dadurch wachse die Verunsicherung bei den Leuten, was sie mit ihren Häusern machen könnten, wenn eines Tages Erdgas oder sonstiges nicht mehr erlaubt sei. Ein weiter Grund sei, dass sie in den letzten Jahren sehr erfolgreich mit der Fernwärme in Durlach gewesen seien. Ihre Kundschaft hätte die Leistungskapazität der Leitung an die äußerste Grenze gebracht. Das führe zu hydraulischen Engpässen, die sie zum Handeln zwingen würden. Sie würden eine zweite Fernwärmeversorgungsleitung in Durlach bauen. Sie werde im Rußweg beginnen und über diverse Straßen und Wegen führen. Der Ausbau dieser Leitungen erfolge über mehrere Jahre und Bauabschnitte. Geplant sei, ab 2024 bis 2027 die Baumaßnahmen durchzuführen, um ab 2027 die Maßnahme zum Abschluss zu bringen. Durch diese Maßnahme könnten sie ab 2027 nochmal 10 MW thermische Leistung zur Verfügung stellen. Die Planungen seien inzwischen bei ihnen angestoßen worden. Die Leitung beginne im Rußweg, Höhe Ottostraße, führe dann entlang der Bahngleise nach Durlach-Aue und ende im Bereich Hildebrandstraße, Reichenbachstraße.

**Herr Huber (SWK)** führt aus, dass sie sieben Baulose abschnittsweise umsetzen würden. Beginnend im Rußweg mit dem Los 1 bis zur Einmündung hinter dem VBK Gelände. Dort würden sie einbiegen, dann die Bahngleise queren. Es gehe weiter, eigentlich Richtung Langenbruchweg. Sie würden aber vor der Brücke mit Los 2 abbiegen. Sie würden dann weiter, den kommenden Radweg, bis auf Höhe des Schwabe-Geländes, dass sie dann querten. In der Killisfeldstraße würden sie auf das Gelände in den Lohn gehen. Das nächste Los komme über den Parkplatz bei der Ellmendinger Straße in Richtung der Hildebrand, Reichenbachstraße und binde bei der Auerbachstraße wieder in das Bestandsnetz ein. Die Lose 1, 4, 6 und 7 möchten sie ab 2024 herstellen. Das habe den Hintergrund, da dort Bebauung sei, die jetzt schon Fernwärme wünsche und angeschlossen werden wolle. Da gebe es Sanierungsmaßnahmen. Sie würden sie an die Fernwärme anbinden. Andere Gebäude würden sie etwas später, ab 2025 und 2026 anbinden. Das sei in Abhängigkeit der Brückensanierung, die hier noch von der DB saniert werde und in Abhängigkeit des Erwerbs des Geländes für den zukünftigen Radweg. Hier stünden sie mit der Stadt Karlsruhe in Kontakt, weil sie es auch hier etwas forcieren wollten, dass der Radweg kommen solle und es sich beschleunige. Die Gesamtmaßnahme sei rund 3150 Meter lang und sie könnten eigentlich nur Abschnittsweise bauen. Deswegen hätten sie sich entschieden, die Lose 6 bis 7 an der Bestandsbebauung vorzuziehen, um dann die

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 2**

---

anderen Baulose nacheinander abzuwickeln, sodass sie dann 2027 den Ringschluss erfolgreich umgesetzt haben könnten und die Versorgung über die Querverbindung stattfinden könne. Er wolle noch kurz etwas zur baulichen Umsetzung sagen. Sie würden abschnittsweise ausheben. Das Stahlmediumrohr werde dann verschweißt. Es würde eine Muffe darüber geschoben, geschäumt. Deswegen sehe man nicht immer einen Bagger oder einen Kran am Graben stehen, da auch im Graben immer Arbeiten stattfänden. Zum Querschnitt könne er sagen, dass Vor- und Rücklauf DN 150 oder DN 150/200 seien. Der Graben sei dann rund 1,30 m mit Verbau breit, oder 1,40 m. Sie bräuchten eine Baustraße, um das Rohr einzuhegen. Es sei ein massiver Eingriff, gerade im Rußweg, wo der Radverkehr laufe. Da müssten sie sich auch kümmern, dass die Radwegeverbindung an anderer Stelle gewährleistet werde, wenn sie dort bauten, damit sie keine Radfahrer gefährdeten. Das sei natürlich auch in diesem Kontext zu sehen.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** führt aus, dass der Fernwärmeausbau, gerade auch nach Aue, zu begrüßen sei. Seine Frage ziele in diese Richtung, wie man als privater Haushalt oder als WEG – sie hätten ja in dem Bereich des Trassenverlaufs unterschiedliche Eigentumsverhältnisse seitens der Gebäudestruktur, Volkswohnung sei vertreten, aber auch zahlreiche Privathaushalte bis hin zu mehrteiligen Wohnungseigentumsgemeinschaften – sich beteiligen könnten. Er wolle wissen, ob die Stadtwerke ganz proaktiv dann auch entlang der Versorgungsleitung, Kontaktaufnahme, Bewerbung ihres Fernwärmenetzes mit Möglichkeiten eines möglichen Anschlusses an das selbige machten.

**Herr Meyer (SWK)** antwortet, dass sie beim Bau der Leitungen von sich aus Kontakt mit den Hauseigentümern aufnehmen und das Produkt bewerben würden. Sie machten dann Vor-Ort-Termine und schauten sich die Situation vor Ort an. Dann bekomme der einzelne Hausverwalter oder der Hauseigentümer ein Hausanschlussangebot. Für viele Hauseigentümer, Verwaltungen sei das Konzept interessant, weil sie damit die Vorgaben des Wärmegesetzes problemlos erfüllen könnten.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** fragt, ob sie die Präsentation dann auch zugesendet bekommen könnten.

**Herr Meyer (SWK)** bejaht.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ergänzt, dass sie die Präsentation dann auf Mandatos hochladen würden.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** merkt an, dass sie ein großer Fan der Fernwärme sei. Sie kenne die Homepage, wo man nachgucken könne, bis zu welchem Gebäude die Fernwärmeleitung reiche. Sie wolle wissen, ob sie grob andeuten könnten, wie weit in Aue

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 3**

---

nach Süden oder in Durlach nach Norden man anschließen könne und wie nah man an der Leitung sein müsse.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass es umso besser sei, je näher man an der Leitung dranliege. Das sei dann auch eine wirtschaftliche Frage. Sie könnten dann auch direkt an der Leitung ziemlich alle Häuser anbinden. Sie hätten ja schon ein Bestandsnetz in Durlach, wo sie auch schon einige Häuser drangenommen hätten. Sie müssten natürlich gucken, wenn Häuser weiter weg wären, welches Interesse dort noch an benachbarten Liegenschaften da wäre, damit sie auch einen längeren Stich machen und es wirtschaftlich erschließen könnten.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** fragt, ob das dann nur die seien, die an der Leitung lägen, die dann auch dazukommen würden.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass er es nicht ausschließen wolle, dass sie, wenn ein Haus 30 Meter weg sei, sie das auch anbinden könnten. Das müssten sie betrachten. Neben der reinen Wirtschaftlichkeit gehe es um die Frage, ob sie im Straßenraum den Querschnitt hätten oder was sie alles beachten müssten, um die Häuser anzubinden. Man könne auch Häuser anbinden, die weiter weg seien, wenn die technischen Voraussetzungen passen würden.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** führt aus, dass sie kürzlich eine Anfrage gestellt hätten, wo gesagt worden sei, dass sie vorbeikommen würden. Er danke ihnen, dass es so schnell gegangen sei. Er wolle wissen, ob im nördlichen Teil Durlachs auch ein Ausbau geplant sei. Er habe auf der Website, die die Kollegin Frey angesprochen habe, gesehen, dass etwas in der Christofstraße eingezeichnet sei. Er wolle wissen, ob in diesem Bereich Stachus, Sanierungsgebiet mit einem weiteren Ausbau zu rechnen sei. Er wolle für die Öffentlichkeit wissen, wo sich Interessenten hinwenden könnten. Sie würden kontinuierlich angesprochen. Die Fernwärme sei ja nur ein Teil der kommunalen Wärmeplanung. Sie hätten ja in dem ganzen GEG-Gesetz gelernt, dass diese kommunale Wärmeplanung demnächst komme. Baden-Württemberg sei hier schon weiter als andere Bundesländer. Er wolle wissen, ob hier dann auch die Stadtwerke federführen seien, wenn es darum gehe, das Gasnetz zukunftsfähig zu machen oder ob sie sich mit dem Anliegen an eine andere Stelle wenden müssten.

**Herr Meyer (SWK)** antwortet auf die Frage, wohin sich die Leute wenden könnten, wenn sie Interesse hätten. Sie könnten auf ihre Internetseite gehen. Dort seien ihre E-Mail-Adressen, Telefonnummern hinterlegt. Seit ein paar Monaten hätten sie auch ein Online-Antragssystem, wo man seine Anfragen stellen könne. Entsprechend bekomme man dann Rückmeldungen von ihrer Seite. Was die Auswirkungen des Fernwärmeleitplans auf die Gasversorgung angehe, da gebe es Überlegungen bei ihrem Netzbetreiber, wie es mit

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 4**

---

dem Gasnetz weitergehe. Das laufe alles. Dazu, wie weit der Stand der Überlegungen sei, ob man einen Teil des Gasnetzes als Wasserstoffnetz ausbaue, gebe es noch nichts Spruchreifes. Da müsse man sich direkt an die Stadtwerke Karlsruhe Netzservice wenden.

**Herr Huber (SWK)** ergänzt, dass sie in der Christofstraße, Glotterstraße, ein Bestandsnetz liegen hätten. Auch dort gebe es Interessenten, die sich anbinden lassen wollten und das gehe über das Bestandsnetz, dass sie vor der Haustüre liegen hätten, schneller als wenn sie erst eine Leitung bauen müssten.

**OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** merkt an, dass sie sich als Gremium in den letzten Jahren drei oder viermal mit dem Thema Fernwärme in Karlsruhe und Durlach auseinandergesetzt hätten. Sie hätten das im Ausschuss II auch schon diskutiert. Deswegen freue er sich ganz besonders, dass sie das nun noch einmal öffentlich machen könnten. Vorab wolle er anregen, dass sie sich besser vorbereiten könnten, wenn sie die Planungsunterlagen vorab erhalten könnten. Sie hätten nun alle das Wärmeplanungsgesetz vor der Brust. Die Wärmeplanung für Karlsruhe solle ja im Prinzip bis 31.12.2025 abgeschlossen sein, nach dem aktuell vorliegenden Gesetzesentwurf im Bund. Er wolle wissen, ob er ihm einen Sneak Peek für Durlach geben könne. Er frage insbesondere mit Blick auf die dichter besiedelten und bebauten Gebiete, wie die Durlacher Altstadt. Ihr Quartier Blumenwinkel und Pfinztor, seien genau die Gebiete, wo die Menschen, die über die Erneuerung ihres Heizungssystems nachdenken würden, jetzt vor der Frage stünden, ob sie auf eine Wärmepumpe setzen müssten, auch wenn sie nicht die geeignete Aufstellfläche im Außenbereich hätten und ob ihnen die Stadt in diesem Fall eine Infrastrukturalternative, Fern- oder Nahwärmenetz bieten würde. Er kenne das Fernwärmenetz relativ gut. Daher wolle er wissen, ob eine Einspeisung in Durlach geplant sei. Er stelle sich den Netzbetrieb so vor, dass man die alte und die neue Leitung aus Resilienzgründen als Pendelleitung verwende, die Netze grundsätzlich im Normalbetrieb einigermaßen unabhängig voneinander betreibe. Daher wolle er wissen, ob Einspeisung in Durlach geplant sei, wenn ja, welche Voruntersuchungen es zum aktuellen Zeitpunkt gebe und welche Wärmequellen erschlossen werden sollten. Dann hätten sie im Wärmeplanungsgesetz die Vorgabe zur Dekarbonisierung. Bis zum 31.12.2030 müssten ja 50 Prozent der Wärmebereitstellung aus diesem Netz aus erneuerbaren Quellen oder aus unvermeidbarer Abwärme erfolgen. Er wolle wissen, wie das aktuell angedacht sei, vor der Ankündigung der ENBW RDK 7 und RDK 8 bis 2028 stillzulegen, was ja im Moment mit über 400 MW Einspeisung einen Großteil der Leistung für das Fernwärmenetz darstelle.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass sie sich Durlach angeguckt hätten, auch die Seite ASV Durlach oder Kernstadt sei natürlich schwierig aufgrund der Belegung im Untergrund, weil sie dort im Prinzip keine Leitungen unterbringen könnten, weil die Belegung dort zu groß sei. Zum Thema Einspeisung von Durlach aus wüsste er nichts. Sie machten den Ringschluss im Prinzip.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 5**

---

**Herr Meyer (SWK)** ergänzt, dass man zum Thema Dekarbonisierung so viel sagen könne, dass bei ihnen schon Überlegungen liefen, wie sie die Fernwärme in Zukunft in die Richtung bewegen könnten. Das sei mit Kosten verbunden, man müsse Erhebungen machen, wie es hydraulisch passe, welche Leistung man zur Verfügung habe und wie die Versorgungssicherheit sei. Es gebe Überlegungen etwas in Richtung Geothermie zu machen. Es gebe auch Überlegungen etwas in Richtung Großwärmepumpe zu machen und daraus die Fernwärme zu erzeugen und es gebe dann auch Ideen, vereinzelt Speicher hinzustellen, allerdings nicht im Stadtbild als meterhoher Turm, sondern unterirdisch um Leistungsspitzen aufzufangen. Das seien drei von den Überlegungen die es gebe, hin zur Dekarbonisierung. Wenn das alles Spruchreif sei, würden sie an die Öffentlichkeit gehen und sagen, wie es weiter gehe.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** dankt. Sie denke, dass in nächster Zeit auch einiges im Gange und in Planung sein werde. Zwei Punkte seien gerade für Bürgerinnen und Bürger wichtig. Die Stadtwerke Karlsruhe seien auch für sie Ansprechpartner Nummer eins. Sie bittet darum, Stück für Stück immer wieder mit einer Zwischenrichtmeldung im Ausschuss oder in öffentlicher Sitzung zu informieren.

**OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** fragt, ob das heiße, dass es die Perspektive für diese dicht bebauten Flächen aktuell nicht gebe. Ihm liege die Information vor, dass eine Neutrassierung unterflur vollständig erforderlich wäre und dass das im Moment nicht angedacht sei. Er wolle wissen, ob er das so richtig verstanden habe.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass sie schon in der Nähe des Blumenwinkels liegen würden. Es sei auch schon einmal angedacht gewesen, die Pfaffstraße auszubauen. Damals sei das Kundeninteresse nicht so groß gewesen. Sie könnten relativ einfach in diese Gebiete vordringen.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** führt aus, dass er die Anregung der Ortsvorsteherin aufgreifen wolle. Es wäre schön, wenn sie so wie heute auf dem Laufenden gehalten würden. Das sei ein spannendes Thema. Bezüglich der Kapazitäten wolle er wissen, ob die Möglichkeit bestehe, diese noch auszubauen. Er denke da an die möglichen Neubaugebiete im Säuterich und beim ASV. Da könne in Zukunft noch etwas gebaut werden. Er wolle wissen, ob das eingepreist werde. Sie hätten die Alternativen aufgezählt, wenn die Rheinkraftwerke ausfallen sollten. Ihn interessiere, wo die Fernwärme am Anschluss Rußweg herkomme.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass die Anbindung am Rußweg ihr Stadtnetz sei. Da sei die Zentrale das Heizkraftwerk im Rheinhafen. ASV liege für sie ganz ungünstig. Das würde dann eher ein Thema für ein Nahwärmenetz sein. Genauso sei im Säuterich ebenfalls keine Fernwärme geplant.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 6**

---

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** fragt, wie tief die Leitungen liegen würden und ob die Stadtwerke federführend bei der kommunalen Wärmeplanung seien. Außerdem finde sie Nahwärmenetze ganz spannend und frage sich, ob das eine Aufgabe sei, die die Stadtwerke – zum Beispiel für die Neubaugebiete – verfolgten, oder ob es private Träger seien. Sie wolle auch wissen, wie es mit der industriellen Abwärmenutzung hier in Durlach aussehe.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass die Leitungen mit einer Überdeckung von 1,20 m verlegt würden. Die Leitungen würden sich auch ausdehnen, da sie im Winter mit über 100 Grad betrieben würden. Daher müssten sie eine Längendehnung kompensieren. Sie bräuchten eine gewisse Auflast auf der Leitung. Wenn die Straße neu gemacht werden solle und gänzlich ausgekoffert werde, dann bräuchten sie 60 cm Straßenaufbau. Zusammengezählt mit 60 cm Auflast sei man bei 1,20 m.

**Herr Meyer (SWK)** ergänzt, dass die Stadt den Wärmeplan aufstellen müsse, aber sie sei mit ihnen in Kontakt. Sie arbeiteten da zusammen. Im Spätjahr solle das irgendwann auf den Tisch kommen und werde dann auch entsprechend veröffentlicht.

**Herr Huber (SWK)** fügt hinzu, dass es bei den Stadtwerken die Überlegung gebe, wo man Fernwärme weiter ausbauen könne, wo man Gas oder Anderes mache.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** fragt, ob hier auch Nahwärmenetze betrachtet würden.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** merkt an, dass sie vermute, dass die Stadtwerke auch da ihren Blick darauf richteten. Sie würden sicher gerne als erste vor Ort sein und es nicht den Privaten überlassen.

**Herr Huber (SWK)** bejaht. Sie würden ihre industrielle Abwärme hauptsächlich von der MiRO und der Stora Enso beziehen. In Durlach sei ihm noch keine Quelle bekannt, wo sie es abgreifen könnten.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** antwortet, dass es ein größeres Rechenzentrum gebe. Das könnten sie sich mal angucken.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass er das gerne mitnehme.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** merkt an, dass sie es sich noch einmal extra erläutern lassen sollten, ob sich die Abwärme eines Rechenzentrums für Fernwärme eigne. Das wäre vielleicht mal ein Thema für einen Ausschuss.



**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 7**

---

**Herr Meyer (SWK)** ergänzt, dass viele Rechenzentren mittlerweile die Wärme nutzen, um selbst damit zu kühlen. Sie müssten sonst entsprechend Strom einsetzen und es gebe Technik, mit der man diese Wärme zur Kühlung nutzen könne.

**OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** führt aus, dass es ihm in den letzten Monaten gezeigt habe, dass die Emotionen schnell hochkämen, wenn es ums Geld gehe. Wenn man von der Bedingung ausgehe, dass vor dem Haus schon die Leitung in der Straße liege und sich jemand an die Fernwärme anschließen lassen wolle, dann müsse er die Übergangsstation bei einem Handwerksbetrieb beauftragen und habe das dann auch dort zu bezahlen. Er wolle wissen, was es ungefähr koste bei fünf bis fünfzehn Meter Anschlusslänge.

**Herr Huber (SWK)** antwortet, dass er sich schwer tue hier einen Preis zu nennen. Es sei abhängig von den Gegebenheiten vor Ort, wie sie die Trasse führen müssten, ob ein Baum dort sei, den sie umgehen müssten. Diese Kostenfaktoren berücksichtigten sie in ihrem Angebot an den einzelnen Kunden.

**Herr Meyer (SWK)** ergänzt, dass er das bestätigen könne. Es gebe zwei Kostenkomponenten. Das Eine sei der reine Hausanschluss. Das Andere sei der Baukostenzuschuss. Es heiße zwar Zuschuss, es bekomme aber nicht der Kunde, sondern die Stadtwerke. Das sei eine Kostenbeteiligung am vorgelagerten Netz. Da dieser Baukostenzuschuss auch von der thermischen Leistung abhängig sei, könne man da jetzt wirklich keine pauschale Aussage machen. Er habe es schon versucht, bei Kunden anzubringen. Das könne am Ende ein Rohrkrepierer werde, daher mache er es nicht.

**OR Elke Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** führt aus, dass sie, wenn sie über den Fußweg nach Durlach-Aue über die Lohn-Lissenstraße reinfahren würden. Sie wohnten da. Sie wolle wissen, wenn alle in Aue einen Anschluss an das Fernwärmenetz wollten, ob der Fernwärme irgendwann die Wärme ausgehe.

**Herr Meyer (SWK)** antwortet, wenn diese 10 MW Leistungskapazität, die sie auf dieser Leitung hätten, weg seien, dann seien sie auch erstmal weg. Dann müsste man schauen, was man noch technisch machen könne, um zusätzliche Leistung nach Durlach bringen zu können.

**OR Elke Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION)** fragt, wie viele Haushalte man an so eine Zehnerleitung dranhängen könne.

**Herr Meyer (SWK)** antwortet, dass es auf die Heizlast ankomme. Wenn sie es auf Einfamilienhäuser runterbrechen würden, wären es rund 800 bis 900 Einfamilienhäuser. Vorrangig seien es dort aber Mehrfamilienhäuser. Es komme auf die für das Gebäude be-

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Weiterer Fernwärmeausbau in Durlach**

**Blatt 8**

---

nötigte thermische Leistung an. Sie würden auf jeden Fall einige Gebäude in Durlach-Aue über diese 10 MW versorgen können.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** bedankt sich. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

**Herr Huber (SWK)** bedankt sich, dass sie die Trasse heute hier hätten präsentieren dürfen.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Durchsetzung von Begrünungspflichten**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 2, Durchsetzung von Begrünungspflichten**, auf und begrüßt hierzu die Leiterin des Bauordnungsamtes, Frau Regner und ihre Kollegin Frau Breiting und ihren Kollegen Herrn Becker. Durchsetzung von Begrünungspflichten sei auch in der Presse Thema gewesen. Sie hätten sich dazu entschlossen, den Ortschaftsrat zu informieren und damit es der Öffentlichkeit bekannt werde, weil jetzt auch erste Aktivitäten in Durlach erfolgten.

**Frau Regner (BOA)** erklärt, dass sie Frau Breiting mitgebracht habe. Sie sei die zuständige Sachbearbeiterin, die das Thema bei ihnen sehr engagiert bearbeite. Außerdem hab sie Herrn Becker mitgebracht. Herr Becker sei seit kurzer Zeit stellvertretender Teamleiter im Baubezirk 3. Der Baubezirk 3 sei zuständig für Durlach

**Frau Breiting (BOA)** führt aus, dass es bei diesem Langzeitprojekt um die Kontrolle und den Vollzug von Begrünungspflichten gehe. Hintergrund sei das Karlsruher Klimaschutzkonzept. In dem Rahmen seien einige zusätzliche Stellen geschaffen worden, eine davon im Bauordnungsamt, die sie jetzt seit 01.04.2022 besetze. Im Herbst letzten Jahres habe sie mit der Umsetzung begonnen. Ihr Tätigkeitsbereich umfasse auch die Photovoltaikpflicht. Schwerpunktmäßig konzentriere sie sich im Rahmen der Begrünungspflichten auf die Dach- und Vorgartenbegrünung. In dem Rahmen führe sie die ordnungsbehördlichen Verwaltungsverfahren durch, bis hin zu den Widerspruchsverfahren. Es entstünden immer mehr Schottergärten in den Vorgärten. Dachbegrünungspflichten würden nicht immer umgesetzt. Entgegen ihrer und der Genehmigung des Bebauungsplans sei oftmals der ganze Vorgarten gepflastert. Viele Kunstrasenflächen würden auch hergestellt. Das Problem sei, dass die Vegetation immer weiter reduziert werde. Die Bürger hätten dafür nicht unbedingt ein Problembewusstsein. Dabei habe es aber starke Auswirkungen auf Umwelt- und Klimaschutz sowie auf das Stadtklima. Die versiegelten Flächen heizten sich sehr stark auf, speicherten die Wärme in der Nacht und würden sie dann wieder abgeben. Das sei zu verhindern, indem sie mehr Begrünungen herstellten. Das sei auch wichtig für die Beibehaltung der natürlichen Bodenfunktion. Es sei auch ihre Aufgabe, Gebietspflege zu betreiben. Sie seien dafür zuständig, auf die Einhaltung der Bebauungspläne zu achten und das dann im Zweifel durchzusetzen. In Durlach seien sie gerade dabei, sich ein größeres Gebiet anzuschauen, rund um den Strählerweg. Sie seien dabei, dort eine Bestandsaufnahme zu machen und würden auch hier Verwaltungsverfahren einleiten. Es sei das Gebiet mit dem Bebauungsplan Nummer 797, Hanggebiet Durlach. Der Bebauungsplan gelte seit 2010 und setze unter anderem fest, dass Nebenanlagen nur innerhalb der Baubereiche zulässig seien. Garagen, Carports seien nur innerhalb der Baubereiche zulässig. Es gebe auch eine Dachbegrünungspflicht für Flachdächer in dem Gebiet. In den örtlichen Bauvorschriften, die auch im Bebauungsplan zu finden seien, heiße es das die Vorgärten auch als Vegetationsfläche, begrünt anzulegen seien. Aus Paragraph 9 der Landesbauordnung gehe hervor, dass die nicht bebauten Flächen der Grundstücke, Grünflächen seien müssen. Ihre Rechtsgrundlage, um dagegen vorzugehen, sei der Paragraph 65 der

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu  
TOP 2: Durchsetzung von Begrünungspflichten**

**Blatt 2**

---

Landesbauordnung, wonach sie den Abbruch von Schotterungen, Pflasterungen oder Ähnlichem anordnen könnten. Die Begrünung ordneten sie über Paragraph 47 der Landesbauordnung an, wonach sie Maßnahmen ergreifen könnten, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe erforderlich seien. Sie würden da nach einem bestimmten Konzept vorgehen. Sie müssten den Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 im Grundgesetz beachten. Das heiÙe, sie müssten systemgerecht vorgehen und dürften nicht willkürlich einen Fall herausgreifen. Daher hätten sie sich ein Konzept überlegt, in dem sie die Bebauungspläne insgesamt anschauten und die priorisiert angingen. Vorrangig vor dem unbeplanten Innenbereich schauten sie sich jüngere, qualifiziertere Bebauungspläne an. Sie erfassten den Bestand, indem sie feststellten, in welchem Gebiet sie sich bewegten. Sie dokumentierten dann, wann es errichtet und was genehmigt worden sei. Sie könnten räumlich differenzieren. Sie schauten sich den Vorgartenbereich und die Dachbegrünung an. Sie müssten nicht das ganze Grundstück auf baurechtswidrige Anlagen untersuchen. Ihre Maßnahmen konzentrierten sich auf präventive Maßnahmen. Sie versuchten auch so früh wie möglich zu informieren, über ihre Homepage und verschiedene Merkblätter, die sie gerade ausarbeiteten. Daneben seien die ordnungsbehördlichen Verfahren unumgänglich. In Stupferich und Neureut seien sie schon aktiv gewesen. Das seien zwei Bebauungsplangebiete. Im oberen Balken sehe man, wie viele Fälle es da insgesamt gegeben habe. Die Bebauungsplangebiete seien unterschiedlich groß. Man sehe, dass es unterschiedlich weit fortgeschritten sei. Viele Schotterungen seien zurückgebaut, viele Dachbegrünungen seien wiederhergestellt worden. Deswegen gingen sie jetzt weiter in die nächsten Gebiete. In Zukunft würden sie es so beibehalten, dass sie sich in wechselnden Gebieten Bebauungsplangebiete anschauten. Die nächsten Gebiete seien Durlach und Knielingen.

**Frau Regner (BOA)** ergänzt, dass die Kollegin die Pflichtigen anschreibe und über die Sach- und Rechtslage informiere. Sie würden als Verwaltung nicht direkt mit einer Beseitigungsverfügung ankommen. Das erste Anschreiben sei zur Information mit der Möglichkeit sich zu melden, Fragen zu stellen, persönlich mit ihnen in Kontakt zu treten. Erst dann, wenn solche Maßnahmen nicht griffen, kämen sie mit einer Beseitigungsverfügung. Sie würden nicht sofort gleich scharf schießen. Diese letzte Tabelle finde sie ganz besonders interessant, weil die Kollegin wirklich in dieser kurzen Zeit schon sehr viele Fälle zu einem guten Abschluss habe bringen können. Die Rückmeldung aus der Bevölkerung seien, obwohl sie die Menschen dazu aufforderten, etwas zu verändern, – da mache sich Verwaltung nie beliebt – sei positiv. Bürger würden sie anrufen und ihnen sagen, dass sie es toll fänden was sie da täten. Sie hätten auch eine tolle E-Mail mit einer sehr positiven Rückmeldung bekommen. Auch die Presse, die sich bei Ihnen melde, sage, dass sie positiv berichten wollten. Das was schon zum Abschluss in dieser kurzen Zeit gebracht worden sei, deute darauf hin, dass das Thema in der Bevölkerung doch recht positiv belegt werde.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** dankt. Dass sie Begrünung brauchten, habe seine Gründe.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Durchsetzung von Begrünungspflichten**

**Blatt 3**

---

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** führt aus, dass das, was sie da vor hätten ein Riesenaufwand sei. Er befürchte, dass das Ergebnis dazu nicht in Relation stehe, da man sich ja doch auf die tatsächliche Verwaltungstätigkeit, die am Schluss die Androhung der sofortigen Vollziehung und Vollstreckung verlasse und es immer im Hintergrund stehe. Aus der Presse hätten sie durchaus lesen können, bezüglich der Furcht, dass diese Kommunikation, die da vorher erforderlich wäre, nicht richtig stattgefunden habe, aus welchen Gründen auch immer. Wenn das Ganze erstmal nur innerhalb eines Bebauungsplanes – sie hätten so viele unbeplante Bereiche. Zweitens werde es schwer innerhalb der Bebauungspläne, wo ja Baugenehmigungen vorliegen würden, die vielleicht keine entsprechenden Nebenbestimmungen hätten, dann irgendwann mal so eine Antwort durchzusetzen, so dass es dann viel sinnvoller wäre, wenn man hierzu ein Beratungsportal eröffnen würde, – das sei nur eine Anregung – wo man jemand sachkundiges aus dem Bauordnungsamt an die Leitung bekomme. Er glaube, dass viele Grundstückseigentümer, wenn man ihnen eine Idee zu einer zusätzlichen Begrünung präsentiere, dies auch täten, ohne gesetzlich verpflichtet zu sein. Das würde das Ziel, mehr Grün zu schaffen, aus ihrer Sicht erreichen. Sie würden auch gegenläufige Tendenzen aus der Stadtverwaltung kennen, Bäume und Sträucher zurückzuschneiden und abzubauen. Er glaube, dass es da auch unterschiedliche Ideen gebe, die nicht miteinander kompatibel seien. Das sei eine Anregung, da Freiwilligkeit und Überzeugungsarbeit mehr im Hinblick auf dieses Ziel schafften. Andere Städte zahlten sogar eine Prämie für die Begrünung des eignen Grundstücks. Das sei zwar eher symbolhaft, aber er wolle wissen, warum man das nicht mache. Es wäre zumindest eine Art Verwaltung, wie man sie so nicht kenne und die vielleicht doch etwas bewirke. Es sei nur eine Anregung. Vielleicht könnten sie in diese Richtung im Rahmen ihrer personellen Mittel in weitermachen.

**Frau Breiting (BOA)** antwortet, dass es solche Förderungen und Anreize gebe, Auch die Stadt habe sich Gedanken gemacht. Das Gartenbauamt habe ein Förderinstrument, berate und gewähre im Einzelfall auch Zuschüsse. Es sei jetzt auch ein Programm geplant. Es heiße Green Ownership und habe Informationsveranstaltungen vorgesehen, um die Leute mehr auf die eigene Seite zu ziehen. Aber das alleine reiche nicht. Die Pflicht bestehe schon. Sie bestätige den Bebauungsplan. Die Bürger wüssten, dass es den Bebauungsplan gebe und hielten sich nicht daran. Daher sei es ihre Aufgabe. Wenn sie es nicht täten, könne es im schlimmsten Fall dazu kommen, dass die Festsetzungen wirkungslos seien. Man spreche dann juristisch von der Funktionslosigkeit der Festsetzung und dann habe der ganze Bebauungsplan irgendwann seine Wirkung verloren.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** wirft ein, dass es doch dann sinnvoll sei, zunächst eine Infoveranstaltung in Durlach anbiete, bevor man gleich in die Verwaltungsverfahren reingehe. Das könne man ja nach der Sommerpause machen, Informationen über Begrünungsmöglichkeiten, vielleicht auch zusammen mit dem Stadtamt.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Durchsetzung von Begrünungspflichten**

**Blatt 4**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie eine andere Idee habe. Sie hätten eine gute Durlacher Presse. Sie könnten verschiedene Fördermöglichkeiten in einer Pressemitteilung zusammenfassen. Gerade die Förderprogramme seien noch nicht in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger angekommen. Sie könnten das vielleicht in den nächsten Wochen zusammen erarbeiten und dann hier vorstellen und auch an die Presse geben.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** führt aus, dass man es nur von der Grünen Fraktion kenne, dass sie sich reih um meldeten. Dem wollten sie vor der Sommerpause nicht nachstehen. An Herrn Dr. Rausch gewandt, wolle er hinzufügen, dass es schon ein Teil des Bebauungsplans sei. Dieser habe auch eine Rechtsverbindlichkeit. Ihn interessiere es, wie die Entscheidungsfindung bei ihren Sichtungen der Wohngebiete sei, wenn sie eine Veränderung eines Vorgartens vorfinde. Da wolle er wissen, wie die prozentuale Verdichtung oder Entsiegelung festgelegt seien. Es würde ihn auch interessieren, – das sei dann Teil einer Verfügung – was die einzelnen Sanktionsschritte seien, die sie androhten. Die seien wohl eher am Landesbaurecht orientiert. Sie habe in einer Grafik dargestellt, wie es zu einer Umsetzung durch die Bürgerinnen und Bürger gekommen sei. Da würde ihn interessieren, im Gegensatz zu dem was positiv verlaufen sei, was sie für Widerspruchsverfahren mitbekommen habe.

**Frau Breiting (BOA)** antwortet zum Vorgehen, dass sie sich vor allem Schottergärten und versiegelte Flächen anschauten. Bei den Vorgärten gebe es eine neue Rechtsprechung, die besage, dass es keine mathematische Formel gebe, mit der man berechnen könne, wie viel Bepflanzung und wie viel Schotter. Da müsse einfach eine Grünfläche entstehen. Im Gesamteindruck müsse die überwiegende Bepflanzung des Vorgartens hergestellt sein. Zufahrt und Zugangswege, zulässige Nebenanlagen seien ausgenommen. Die Freiflächen müssten eine geschlossene, möglichst bodenbedeckende Grünfläche darstellen. Zu den Sanktionen könne sie sagen, dass zunächst die Anhörung als Schreiben komme. Hier könnten sich Bürgerinnen und Bürger nochmal äußern. Dann würden sie mehrere Monate Zeit zur freiwilligen Wiederherstellung der Begrünung geben. Manche riefen an, dann bespreche man das Thema. Andere täten das nicht. Dann müssten sie förmlich anordnen. Das sei mit einer Zwangsgeldandrohung verbunden. Das sei einfach ein Bescheid mit Gebühren. In diesem Zug werde das Zwangsgeld angedroht, aber noch nicht festgesetzt. Das sei dann der nächste Schritt. Zu diesem sei es aber bislang nicht gekommen.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-FRAKTION)** merkt an, dass er sich dem anschließen könne. Er wolle darum bitten, dass nicht gleich scharf geschossen werde, sondern beraten. Viele wüssten gar nicht, was es alles an Fördermöglichkeiten gebe. Es sei ein hervorragender Vorschlag der Ortsvorsteherin. Man lese in den Medien skurrile Fälle, in die Begrünung mit Kunstrasen gemacht worden sei. Er hoffe, dass in Karlsruhe die Bebauungspläne eindeutig formu-

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Durchsetzung von Begrünungspflichten**

**Blatt 5**

---

liert seien und die Leitlinien, dass der Rasen auch ein Naturrasen sein müsse. Er wolle anregen, dass sie – natürlich wollten sie das Ziel erreichen und unterstützten es auch – die Kirche im Dorf ließen. In Neureut seien Grünflächen hinter den Häusern aufgeklärt worden, wo man illegale Gartenhütten identifiziert habe. Das sei ein zu weiter Eingriff in die Privatsphäre. Er wisse nicht hundertprozentig, ob es in Neureut oder im nördlichen Landkreis gewesen sei. So wie sie es beschrieben, sich ein definiertes Gebiet und die Vorgärten anzuschauen und wie es der Kollege Dr. Rausch es angeregt habe, sei es eine gute Herangehensweise.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** fragt, ob das Bauordnungsamt schon Drohnen im Einsatz habe.

**Frau Regner (BOA)** verneint. Über solche Dinge verfügten sie noch nicht. Wenn es einmal eine Idee wäre, würden sie das kundtun müssen und nicht einfach irgendwelche Befliegungen starten. Sie sei auch davon überzeugt, dass sie das nicht einfach dürften.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** erklärt, dass sie also festhalten könnten, dass die Drohnenflüge nicht vom städtischen Bauordnungsamt ausgegangen seien.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** möchte wissen, ob sie vor Ort gingen und eine Sichtung machten oder ob sie sich Luftbilder anschauten. Die Sichtung von Dachflächen sei vor Ort schwierig. Außerdem wolle er wissen, was mit Bestandsschutz sei. Er kenne ja die Gegend. Er habe 23 Jahre dort gewohnt. Da gebe es wahrscheinlich Gebäude, die vor dem Bebauungsplan gebaut worden seien. Er wolle wissen, wie das gehandhabt werde. Da wolle er wissen, ob es Unterschiede gebe zwischen Schottergärten und sogenannten Kiesgärten, die im Rahmen des Klimawandels bewachst seien – das werde in Österreich sehr praktiziert. Er wolle wissen, ob hier differenziert werde, oder ob alles, was Stein sei, unter Schotter falle.

**Frau Breiting (BOA)** antwortet, dass sie einen fachlich hergestellten, alpinen Garten unterscheiden müssten. Es gebe mineralische Mulchungen, die man auch unterscheiden müssten. Da sei Bewuchs möglich und es diene der Mulchung und nicht der Unterdrückung der Vegetation. Es gebe einen Höchstumfang von Mulchungen von 60 Millimetern. Das sei dann etwas anderes als ein Schottergarten. Dort könne man nicht zwischen größeren und kleineren Kieseln unterscheiden. Das sei eine Schotterung.

**Frau Regner (BOA)** ergänzt, dass sie im Zuge der Gefährdungsbeurteilung, was jede Dienststelle machen müsse, ihrer Kollegin leider untersagen müsse, auf Flachdächer zu steigen. Sie habe noch keinen Leiterkurs gemacht.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Durchsetzung von Begrünungspflichten**

**Blatt 6**

---

**Frau Breiting (BOA)** ergänzt, dass sie sich vor Ort die Vorgärten anschauten. Für die Flachdächer schauten sie sich die Luftbilder an.

**OR Henkel (CDU-OR-Fraktion)** zieht ihre Frage zurück, da sie bereits von anderer Seite gestellt worden sei und erklärt, dass sie den Vorschlag der Ortsvorsteherin unterstütze.

**OR Miersch (CDU-OR-Fraktion)** fragt, ob das Bauordnungsamt interessiert sei, mit dem hiesigen Bürgerverein ein Bürgerforum zu veranstalten. Dann könne man mit den Bürgern direkt in den Dialog gehen. Er könne das im Bürgerverein thematisieren und dann könne man zeitnah einen Termin finden.

**Frau Breiting (BOA)** antwortet, dass das von ihrer Seite aus möglich sei.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** merkt an, dass es in der Landesbauordnung Paragraph 9 heiÙe, dass nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke, Kinderspielflächen und so weiter zu begrünen seien. Da verstehe sie nicht, warum sie die Bebauungspläne brauchten. Was die Fördermöglichkeiten betreffe, bekomme man da schon ein bisschen Bauchweh. Die meisten Leute, die die Schottergärten anlegten, seien nicht gerade Hartz-IV-Empfänger. Sie habe von diesen Anreizen gehört und sie vor ein bis drei Jahren angeschaut. Da sei es um ein bisschen Geld für Samen gegangen. Das finde sie völlig in Ordnung. Aber wenn dann dort die Gartenplanung gemacht werde, empfinde sie das doch schon als: „Gebe denen, die schon haben“. Da hätte sie schon ein Problem.

**Frau Breiting (BOA)** antwortet, dass die Bebauungspläne noch viel tiefgreifender seien. Sie umfassten ja noch viele andere Regelungen. Es seien ja bestimmte Nebenanlagen. Nebenanlagen seien alle baulichen Anlagen, die nicht Hauptanlage oder Gebäude seien, wie Zufahrten, Zuwege, Mülltonnenstandplätze und Weiteres. Einzelne Nebenanlagen könnten dann auch im Vorgarten zulässig sein. Die einzelnen Bebauungspläne sagten dann auch nochmal konkreter, dass Vegetationsflächen. Sie könnten auch sagen, dass Schottergärten ausgenommen sein. Dann beinhalte der Bebauungsplan weitere Festsetzungen die die Landesbauordnung so nicht beinhalte.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** merkt an, dass alte Bebauungspläne diese Regelung ja sicher nicht hätten. Sie wolle wissen, ob das eher ein Ausschlussverfahren sei und sie guckten, wo es bebaut sein dürfe und wo es grün sein müsse.

**Frau Breiting (BOA)** bejaht. Alte Bebauungspläne seien oftmals nur Bauflichtpläne, die den Baubereich festsetzten. Die jüngeren Bebauungspläne – deswegen schauten sie sich die auch vorrangig an – hätten auch ganz konkrete Festsetzungen hinsichtlich der Begrünung und schrieben auch die Dachbegrünung rechtlich vor. Das mache die Landesbauverordnung nicht.



**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Durchsetzung von Begrünungspflichten**

**Blatt 7**

---

**OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass sie die Rechtsauslegung spannend finde. Als sie vor vierzig Jahren den Führerschein gemacht habe, habe sie gelernt, dass sie bei Rot nicht über die Ampel fahren dürfe. Wenn sie heute bei Rot über die Ampel fahre, bekomme sie kein Förderprogramm und keine Beratung. Sie bekomme einen Strafbescheid zugestellt. Wenn sie vor vierzig Jahren ein Haus gebaut hätte, würde sie den Bebauungsplan kennen und dementsprechend die Gärten anlegen. Wenn sie es geerbt habe, hätte sie sich informieren müssen. Dann habe sie irgendwo gepflastert, einen Fahrradständer hingestellt und nun komme sie und sage, dass sie einen Förderzuschuss, Beratung und Unterstützung brauche. Sie finde, dass sei sehr fatal. Sie glaube schon, dass es wichtig sei, zu sehen, wer so etwas mache. Sie sei weit weg davon, zu sagen, dass es ein Eingriff in Eigentumsrecht sei. Es gebe ein Regularium und wenn sie sich nicht daranhalte, müsse sie es berichtigen.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass es eine politische Aussage sei, ob man das wolle oder nicht. Das könne das Bauordnungsamt sich nicht aussuchen. Das sei eher für die Presse. Da sei es ja auch in Ordnung. Sie wolle aber auch sagen, dass sie als Verwaltung mit Verfügungen kämen und sie es ganz gut finde, dass sie es gelernt hätten, einen Informationspart vorne dran zu hängen. In großen Teilen der Bürgerschaft werde das auch von ihnen verlangt. Gerade das Bauordnungsamt stehe häufig wegen seinen Eingriffen mal in der Kritik. Da finde sie es sehr loblich, dass man es hier anders mache und zu ihnen in den Ortschaftsrat komme, – anders als in Stupferich – dass man daraus lerne und in die Diskussion gehe und möglicherweise mit der Bürgergemeinschaft etwas mache. Das sei ein Auftreten der Verwaltung, wie sie es sich wünsche.

**OR Ruf (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass er sich bei ihnen bedanken wolle. Sie seien bestens vorbereitet gekommen. Sie hätten die Fragen sehr präzise beantwortet. Die letzten Sätze von Frau Ries hätte er genauso gesagt.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass es keine weiteren Wortmeldungen gebe und dankt den Referentinnen und Referenten des Bauordnungsamtes.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets Durlach Stadteingang**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 3, Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets Durlach Stadteingang**, auf. Herr Dr. Noé und Herr Kehrlé hätten sich für befangen erklärt. Sie selbst sei auch im Verdacht der Befangenheit. Daher werde sie an Herrn Pötzsche übergeben.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** übernimmt die Sitzungsleitung und erklärt, dass es ein Thema sei, für das sich der Ortschaftsrat sehr eingesetzt habe, dass dieses Sanierungsgebiet komme. Sie hätten im Herbst letzten Jahres stark dafür geworben, auch im Dialog mit dem Bürgermeister und dem Gemeinderat, dem er an dieser Stelle – zumindest denjenigen die dafür gestimmt hätten – danken wolle, dass sie dem Votum des Durlacher Ortschaftsrates gefolgt seien. Heute gehe es um die förmliche Festlegung dieses Sanierungsgebietes. Der Ortschaftsrat werde gebeten, dem Gemeinderat zu empfehlen, dem Bericht über vorbereitende Untersuchungen und die dargelegten vorhandenen Mängel und Missstände, den Sanierungszielen und dem Neuordnungskonzept, der Kosten und der Finanzierungsübersicht sowie der Verfahrenswahl erneut zuzustimmen.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** erklärt, dass es endlich so weit sei. Es sei jetzt auch an der Zeit. Sie hätten sich in den letzten Jahren immer wieder aus gutem Grund mit dem Thema Sanierung des Stadteingangs Wests beschäftigt. In diesem Sanierungsgebiet verfolgten sie wichtige Ziele. Sie hätten dort Missstände identifiziert, die es gelte für einen attraktiven Stadteingang für Durlach zu beheben, in die Hand zu nehmen und etwas Optimales für Durlach zu erreichen. Es sei aber auch ein steiniger Weg gewesen. Der Stellvertretende Ortsvorsteher habe es angesprochen. Es sei eine denkbar knappe Entscheidung im Gemeinderat gewesen. Es habe eine breite, einstimmige Mehrheit im Ortschaftsrat Durlach gegeben. Es sei auch der Wunsch der Stadtverwaltung und allen voran des Oberbürgermeisters ein zweites Mal die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes aufzuschieben. Das habe die Stadtverwaltung aus einem wiederholten Grund getan. Mit diesem gleichgelagerten Grund sei man wohl auch schon siegessicher, zunächst vorläufig aufgrund einer Anhörungspflicht, in den Ortschaftsrat gegangen, um dann die finale Abstimmung im Gemeinderat herbeizuführen, um dieses Votum aus dem Durlacher Ortschaftsrates auszusetzen. Das habe nicht funktioniert. Es sei ein steiniger Weg im Gemeinderat gewesen und es sei viel Arbeit notwendig gewesen. Er sei auch stellenweise enttäuscht worden, dass es Fraktionen gebe, wie beispielsweise die Grünen Fraktion im Karlsruher Gemeinderat, die zum wiederholten Mal einem einstimmigen Votum aus einem Ortschaftsrat – ob es jetzt Durlach, Neureut oder Stupferich sei, spiele dabei keine Rolle – mit Desinteresse und Ignoranz begegnet seien. Das könne auch ein Durlacher Ortschaftsrat so nicht hinnehmen. Es bestehe nach der Sommerpause für die betreffende Fraktion die Chance, im Hauptausschuss und im Gemeinderat im September, nach der Sommerpause, ihre Ignoranz aufzugeben und das Votum aus dem Durlacher Ortschaftsrat auch als ein solches anzuerkennen.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets Durlach Stadteingang**

**Blatt 2**

---

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** führt aus, dass das, was sie heute beschließen würden, ein Meilenstein für die Aufwertung Durlach sei. Auch wenn es so geräuschlos über die Tagesordnung komme, dann sei es etwas, – da unterstütze er alles was Herr Müller gesagt habe – was sie sich schon lange gewünscht hätten. Die SPD hätte mehrere Anträge zu einzelnen Punkten in den letzten Jahren dazu formuliert. Er erinnere an ihren Antrag zum Postplatz, an ihren Antrag zum Bahnhofsvorplatz. Es habe einen Antrag der CDU zum Stachus gegeben. Sie seien die ersten gewesen, die der Stadtverwaltung Karlsruhe gesagt hätten, als das Sanierungsgebiet Aue beschlossen worden sei, dass der Durlacher Stadteingang ebenso die Voraussetzungen für eine förmliche Festlegung als Sanierungsgebiet erfülle. Dann habe ihnen die Stadtverwaltung gesagt, dass sie jetzt mal langsam machen müssten. Gott sei Dank, sei es nicht so langsam gewesen, wie man es in letzter Zeit gewohnt sei, sonst stünde es heute nicht auf der Tagesordnung. Er sei froh, dass sie im Gemeinderat das Glück gehabt hätten, dass die Mehrheit ausgereicht habe. Ihm sei es auch ein Rätsel gewesen und den Durlacher Grünen wahrscheinlich auch, warum sich die Grünen Gemeinderatsfraktion gegen Durlach gestellt habe. Jetzt sei es erstmal egal, wie diese Mehrheiten zustande kämen. Jetzt sei es auf dem Weg und es gehe um die zügige Umsetzung. Heute hätten sie die Möglichkeit diesem Projekt mit einer einstimmigen Entscheidung Rückenwind zu geben.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass sie sich ihrem Vorredner Herrn Dr. Rausch nur anschließen könne. Sie finde es wirklich schön, dass die Kollegen von der CDU so aufmerksam aufpassten, was im Gemeinderat passiere, aber sie seien hier im Ortschaftsrat und sie würden sich alle von Anfang an für die Aufwertung des Stadteinganges von Anfang an aussprechen und freuten sich sehr, dass es jetzt endlich passiere.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** merkt an, dass sie es wundere, dass sie jetzt nochmal darüber abstimmen. Der Sachstand habe sich seit März 2021 nicht großartig verändert. Gut, dass sie diesen Startschuss jetzt endlich liefern könnten, aber sie hätten ihn in den letzten Jahren bereits treffen können. Das Gremium habe sich mehrfach einstimmig dafür ausgesprochen, dass dieses Sanierungsgebiet komme. Sie freue sich, dass sie nicht weiter Zeit verschwendeten. Es sei ein bisschen Schade, dass es über die Sommerpause, noch eine Weile liegen bleibe und erst dann weiter behandelt werde. Daher sei Eile geboten, dass sie sich nun endlich mit diesem nächsten Schritt befassen könnten.

**OR Günter Malisius (FDP-OR-FRAKTION)** führt aus, dass in der Vorlage stehe, dass ein Sanierungsbeirat gebildet werde. Da wolle er wissen, wer Mitglied in diesem Sanierungsbeirat sei.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass das gemeldet werde. Sie würden ja das Prozedere vom Sanierungsgebiet Aue kennen. Die Frakt-

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets Durlach Stadteingang**

**Blatt 3**

---

ionen würden melden. Es gebe Vertreter des Gemeinderats, der Verwaltung. Das bestimme dann auch dieses Gremium, wen es dorthin entsende.

**OR Ruf (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass er es schade finde, dass dieser Tagesordnungspunkt überraschenderweise für einen politischen Frontalangriff auf die Grünen Fraktion im Ortschaftsrat Durlach und im Gemeinderat genutzt worden sei. Er finde, dass es total schade für die Sache sei. Die Sache sei sehr positiv für Durlach an der Stelle. Vielleicht könne man es an dieser Stelle ein bisschen erläutern. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen Partei habe andere Aufgaben als die Ortschaftsratsfraktion. Sie hätten es hier relativ einfach. Sie kümmerten sich um Durlacher Belange und hätten darauf einen Fokus. Deswegen hätten sie auch dahingehend entschieden. Die Gemeinderatsfraktion habe hingegen auf stadtweite Belange einen Blick und müsse diese abwägen. Daher habe diese Fraktion dieses Vorhaben anders priorisiert als sie. Auch das sei vollkommen legitim. Er persönlich akzeptiere das auch vollkommen.

**OR Wenzel (FW-OR-Fraktion)** merkt an, dass Herr Ruf das Thema nun aufgegriffen habe. Er habe einen Appell, um es jetzt gut abzuschließen. Man solle einfach Einfluss nehmen, dass die Sache im Gemeinderat und im Hauptausschuss mit großer Mehrheit übernommen werde und dann sei alles gut und die Sache sei gerettet. Es sei ein Gewinn für Durlach, wenn sie endlich an diesen Platz und an dieses gesamte Sanierungsgebiet gehen würden.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** erklärt, dass er Herrn Wenzels Appell aufgreifen und unterstützen wolle. An Herrn Ruf gewandt, sagt er, dass der Versuch schon etwas hilflos erscheine, etwas schönzureden, was einfach nicht schönzureden sei. Er solle Herrn Wenzels Appell aufnehmen. Dann sei alles gut und alles schön.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** merkt an, dass er das Wort Herrn Wenzels aufgreifen wolle. Auch in Anbetracht der Beteiligung der Bevölkerung und der Presse wolle er eindringlich darauf drängen, dass hier nicht der Eindruck entstehe, dass das Projekt oder das Sanierungsgebiet Durlach hier zur Diskussion oder in der Kritik stehe. Dass hier jetzt Betrachtungsweisen über andere Fraktionen artikuliert würden, gehöre zum Spiel dazu. Er wolle aber etwas zur Mäßigung aufrufen. So etwas dringe natürlich auch nach Karlsruhe. Was sie im Oktober letzten Jahres getan hätten, sei eine eindrucksvolle, solidarische Vorgehensweise. Ein bisschen sehe er jetzt die Situation, dass durch diese Konfrontationen den Eindruck entstehe, dass dieses Projekt, was für Durlach, – wie richtig gesagt worden sei – ein Meilenstein sei, im Moment ein bisschen verwässert werde. Es täte ihm schrecklich leid und er wolle das Gremium eindringlich darum bitten, ein bisschen zum Sachthema zurückzukehren. Das sei die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Durlach Stadteingang. Ihm persönlich wäre es ganz recht,

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets Durlach Stadteingang**

**Blatt 4**

---

wenn sie jetzt zur Abstimmung kommen würden. Er könne aber keinem der Kolleginnen und Kollegen verwehren, noch eine weitere Wortmeldung von sich zu geben.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass sie sich frage, warum das jetzt nötig gewesen sei. Es gehe hier um die Sache, um Durlach, um das Sanierungsgebiet und darum, dass sie einen guten Schritt weiterkämen. Sie wolle wissen, was ihnen das hier jetzt helfe.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** antwortet, dass er auch diese Frage hier ungerne weiterdiskutieren wolle. Er müsse es einfach hier mal sagen. Er appelliere, zur Abstimmung zu kommen. Er hoffe, dass sie genauso abstimmen würden wie im Oktober, dass sie genauso geschlossen und einheitlich abstimmten. Da er keine weiteren Wortmeldungen feststellt, ruft er zur Abstimmung auf.

Ja: 18

Nein: -

Enthaltungen: -

Einstimmig zugestimmt.

**Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** dankt dem Gremium. Er denke, dass das Projekt sie über einen gewissen Zeitraum begleiten werde und sie würden sich alle konstruktiv einbringen und die Bürgerschaft in der Form beteiligen, dass sie das bestmögliche Ergebnis für Durlach und Aue erzielten.

8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 4: Bebauungsplan „Hanggebiet Durlach – Bereich E“, Karlsruhe-Durlach,  
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** übernimmt wieder die Sitzungsleitung und ruft **TOP 4, Bebauungsplan „Hanggebiet Durlach – Bereich E“, Karlsruhe-Durlach, Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)**, auf. Hier hätten sich Herr Dr. Noé, Frau Isele und Frau Dr. Klingert befangen erklärt. Da sie keine Wortmeldungen feststellt, ruft sie den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ja: 15

Nein: -

Enthaltung: 2

Einstimmig zugestimmt.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Touristische Unterrichtungstafel „Durlach: historische Altstadt“**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 5, Touristische Unterrichtungstafel „Durlach: historische Altstadt“**, auf.

**OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion)** führt aus, dass dieses Thema vom Handel, von der Bevölkerung und vom Tourismus an sie herangetragen worden sei. Wie man an der Vorlage schön sehen könne, sei der Antrag vom 15. März. Wenn die Verwaltung vier Monate brauche, um eine Ablehnung zu formulieren, dann habe er doch das Gefühl, dass da ziemlich lange gesucht worden sei, um das abzulehnen. Ihn bestärke in dieser Annahme, dass unmittelbar, nachdem sie diesen Antrag gestellt hätten, das Regierungspräsidium sich zu Wort gemeldet habe. Er habe das Gefühl, dass der eine Teil des Regierungspräsidiums nicht mit dem anderen spreche. Der Flügel, der geantwortet habe, sei die Denkmalschutzbehörde gewesen. In den vierseitigen Ausführungen der Denkmalschutzbehörde für die Unterrichtungstafel, entnehme er zum Beispiel, dass diese sich sehr gut begründen lasse, dass es sich um eine bemerkenswerte denkmalgeschützte Anlage handle. Er wolle es so zusammenfassen: Wenn nicht dort eine Tafel, wo denn dann? Vier Monate später würden sie eine ablehnende Stellungnahme der Verwaltung bekommen und das mache natürlich Lust, da ein bisschen tiefer einzusteigen, denn da würden verschiedene Verwaltungsvorschriften auf Bundes- und auf Landesebene zitiert. Er habe die Richtlinie des Bundes für heute rausgezogen und habe gesehen, dass die Richtlinie des Bundes für Beschilderungen an Bundesautobahnen vorgebe, nicht mehr als zwei Tafeln zwischen zwei Autobahnanschlussstellen. Er entnehme der Stellungnahme der Verwaltung, dass diese zwei Unterrichtungstafeln, die der Bund vorgebe, für Stuttgart ausgereizt würden. Nur Karlsruhe oder Durlach wolle man das nicht zugestehen. Die Bundesvorschriften würden das sehr wohl erlauben. In seinen Urlaubsfahrten vom Südwesten in den Nordosten Deutschlands sehe er sehr viele von diesen Tafeln und es gebe auch wissenschaftliche Erhebungen, dass diese auch sinnvoll für den Tourismus seien. Seine weitergehende Frage an das Stadtamt sei, warum für Stuttgart die zweite Tafel genehmigt werde nach den Richtlinien des Bundes und warum das nicht für den badischen Landesteil gelte, um auch dieses Thema mal wieder aufzumachen, warum gelte es nicht für Durlach als ehemalige Residenzstadt. Durlach sei das drittgrößte Mittelzentrum hier im Landkreis. Bruchsal habe eine Tafel, Ettlingen habe eine Tafel, sie hätten auch eine Tafel. Er habe in der Stellungnahme gesehen, dass es wohl einen kleinen Wettbewerb gebe, auch innerhalb der Stadt. Da habe es auch schon Überlegungen gegeben den zoologischen Stadtgarten und das ZKM mit so einer Tafel zu bedenken. Das seien auch schöne Sachen, aber es gebe in diesen Bundesrichtlinien auch Vorgaben, was da prioritär dargestellt werde und da fiele so etwas wie Durlach ganz eindeutig darunter. Er hoffe ja, dass die Antwort dann nicht wieder negativ ausfalle. Nichtsdestotrotz wolle er gleich eine Fallback-Lösung anbieten, denn es sei ja in Deutschland alles genau geregelt. An den Bundesautobahnen habe sich zu befinden das Schild 386.3. Das sei die große Nummer. Da habe ja eines der Durlacher Medien sogar schon einen schicken Entwurf gemacht, wie das aussehen könne. Sie würden bitten, dass das verfolgt und dann ein Antrag beim Regierungspräsidium gestellt

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Touristische Unterrichtungstafel „Durlach: historische Altstadt“**

**Blatt 2**

---

werde. Wenn das nicht gehe, hätten sie gerne die touristische Unterrichtungstafel 386.1. Das sei die kleine braune Variante mit einem kleinen Signet. Außerhalb der Bundesautobahn hätten sie die gerne an der B3 an der B10 und an der Südtangente, damit dann wenigstens die Pfälzer und die Besucher aus Nord- und Südbaden auf Durlach hingewiesen würden.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie durchaus Kopfeifall aus anderen Fraktionen wahrnehme. Sie wolle wissen, ob es noch weitere Wortmeldungen dazu gebe.

**OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion)** erklärt, dass sie den Antrag der FDP begrüßten. Sie gingen da auch mit, egal was da jetzt komme. Er würde die Schilder nicht kennen. Im schlimmsten Fall, sollten sie eine Durlacher Lösung machen. Man könne die Landeshauptstadt nach Baden verlegen. Wenn nicht, machten sie eine badische Landeshauptstadt.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass Herr Dr. Rausch wahrscheinlich argumentieren werde, dass es ein Schild für die Stadt Karlsruhe und ein Schild für die Stadt Durlach gebe.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-FRAKTION)** merkt an, dass er erfreut sei, dass man seine Wortmeldungen schon kommentieren könne, bevor er das Wort ergreife. Man solle doch wirklich überlegen an dieser Stelle, dass der Ortschaftsrat so einen Antrag auch an das Regierungspräsidium stellen könne. Da bräuchten sie keine Stadtverwaltung dazu. Das würden sie selbst hinkommen.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** dankt Herrn Dr. Noé. Er sei ja wirklich passioniert bei der Sache. Sie wolle wissen, ob sie die Antwort des Regierungspräsidiums im Gremium bekommen könnten.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass diese Antwort bereits herumgesendet worden sei.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** fragt, ob sie über den Antrag abstimmen könnte.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie über den geänderten Antrag, dass sie sich nochmal beim Regierungspräsidium um ein Schild bemühen sollten, alternativ die Prüfung, der genannten anderen Schilder. Sie stellt den Antrag zur Abstimmung.



**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Touristische Unterrichtungstafel „Durlach: historische Altstadt“**

**Blatt 3**

---

Geänderter Antragstext:

**Das Stadtamt Durlach möge ein touristische Unterrichtungstafel („braunes Schild“)**

**„Durlach: historische Altstadt“**

**im Bereich der Bundesautobahnen beantragen. Im Falle einer Ablehnung durch das Regierungspräsidium werden für die B3, B10 und die Südtangente touristische Unterrichtungstafeln beantragt.**

Ja: 17

Nein: -

Enthaltungen: 3

Einstimmig zugestimmt zum geänderten Beschlusstext

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 6: Fußgängerüberweg in der Rommelstraße (zwischen Alter Graben und  
Brühlstraße)**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 6, Fußgängerüberweg in der Rommelstraße (zwischen Alter Graben und Brühlstraße), auf.**

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** begrüßt, dass die Verwaltung den Bedarf des Fußgängerüberwegs, den sie in ihrem Antrag begründet hätten, auch sehe. Sie setzten sich dafür ein, dass es schnell umgesetzt werde. Und jetzt komme natürlich noch eine Besonderheit hinzu. In Ihrer Antwort räume die Verwaltung selbst ein, dass die jetzige Insel nicht den Richtlinien entspreche. Gleichzeitig sage sie, es sei doch nicht so eilig, da es kein Unfallschwerpunkt sei. Sie hofften, dass das dauerhaft so bleibe. Wenn jetzt tatsächlich etwas passieren solle, sei angesichts des schriftlichen Dokumentierens eines rechtswidrigen Zustands, dass die Insel nicht den Richtlinien entspreche, bei einem Verkehrsunfall, die Stadt sehr wahrscheinlich mit in Haftung. Das sei eine Situation, die sie sicherlich nicht lange hinnehmen sollten. Von daher gesehen, wollten sie auch, dass über den Antrag und insbesondere die zeitnahe Realisierung dieses wenig aufwendigen Projektes abgestimmt werde. Er denke auch, dass zwei Pfosten, Farbe und zwei Schilder vorrätig seien. Das sei eigentlich der Hintergrund, aber es müsse dann doch passieren, weil sie das nicht gewusst hätten, dass diese Insel, so wie sie da sei, nicht den Richtlinien entspreche.

**OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass es nicht so einfach wäre mit einem Eimer Farbe und zwei Pfosten. Trotzdem sei es eine gute Verbesserung für alle, die zu Fuß gehen, wenn man die Notwendigkeit an der Stelle erkannt habe. So kompliziert könne es nicht sein, dass man 10 oder 15 Jahre auf eine Straßensanierung warten müsse. Dann solle man jetzt die Planungen angehen, insbesondere wenn jetzt gleich ein positives Votum komme. Innerhalb von 12 Monaten solle das problemlos machbar sein, auch wenn da erstmal zwei bis drei Monate Abstimmungszeitraum vergehen sollten. Jahrelang zu warten, hielten sie auch nicht für sinnvoll.

**OR Ruf (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** merkt an, dass er die Stellungnahme anders als Herr Dr. Rausch interpretiert habe. Die Passage, dass die bauliche Ausführung nicht den aktuellen Richtlinien entspreche, habe er erstmal zur Kenntnis genommen, daraus aber nicht geschlossen, dass sie deswegen auch rechtswidrig sei. Er persönlich würde davon ausgehen, wenn es irgendwann baulich hergestellt worden sei und sich die Richtlinien zwischenzeitlich geändert hätten, dass dort eine Art Bestandsschutz gelte. Falls diese Annahme falsch sei, bitte er, sie dementsprechend in Kenntnis zu setzen.

**OR Siebach (SPD-OR-FRAKTION)** antwortet, auch wenn es juristisch nicht klar sei, denke er, dass es auf jeden Fall Ärger geben würde, wenn dort etwas passiere. Er habe sich die Stelle auch nochmal angeguckt. Da stehe, dort sei so wenig Platz. Das leuchte ihm überhaupt nicht ein. Er habe im Verdacht, dass man das gar nicht genau angeschaut habe. Da sei die Fahrbahn, dann komme ein sehr breiter, zweieinhalb Meter breiter, Wies-

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Fußgängerüberweg in der Rommelstraße (zwischen Alter Graben und Brühlstraße)**

**Blatt 2**

---

enstreifen und dann komme der Gehweg auf beiden Seiten. Diese zweieinhalb Meter Grün als Zugang und dann könne man da einen Übergang machen. Ihm erscheine es als ein Leichtes, dort einen Fußgängerüberweg hinzubringen. Wenn man da eine Weile stehe und gucke, sehe man, dass dort wirklich viele Leute darüber gingen, bei einem starken Verkehr in beide Fahrtrichtungen. Heute sei ein Artikel in der BNN gewesen mit einem schönen Bild. Da stehe eine Frau auf einer Verkehrsinsel. Es komme ein riesiger Bus und von hinten komme ein Auto vorbei. Das seine gefährliche Situation. Für manche Menschen, die nicht so gut zu Fuß seien oder Kinderwägen und ähnliches dabei hätten, sei es extrem gefährlich. Deswegen finde er schon, was Herr Dr. Rausch gesagt habe, dass sie durch einen gemeinsamen Beschluss darauf drängen sollten, dass es möglichst schnell umgesetzt werde.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie dem zustimme, dass es hoch frequentiert sei. Es werde insbesondere hoch frequentiert von Menschen, die nicht so eine hohe Mobilität hätten. Viele ältere Menschen, Menschen mit Rollatoren, die da im Umkreis lebten und den Supermarkt benutzten. Es würde der Stadt gut zu Gesicht stehen, wenn man an dieser Stelle schneller etwas täte, als bis zur nächsten Straßensanierung zu warten.

**OR Siebach (SPD-OR-FRAKTION)** ergänzt, dass es für viele Menschen, die dort wohnen, fast die einzige Möglichkeit sei, dort einzukaufen. Da gebe es weit und breit sonst nichts mehr und es sei dringend notwendig, dass man dort etwas mache.

**OR Müller (CDU-OR-Fraktion)** erklärt, dass die CDU die dringende Notwendigkeit schon in der letzten Legislatur erkannt habe und genau den gleichen Antrag gestellt. Er sei wirklich dankbar, dass sie ihn neu aufgegriffen hätten mit einer eigenen Initiative. Was damals für die Verwaltung noch völlig abwegig gewesen sei, sei zumindest mal in so einen Bereich des Möglichen gerückt. Von daher sei das Revival des Antrags umso besser, dass man mal in einen Bereich komme, mit einem zweiten Antrag der auf den ursprünglichen Antrag folge, den Fokus darauf lege, mal tatsächlich etwas umsetzen zu wollen. Was alle wüssten sei, dass die dringende Notwendigkeit absolut unumstritten sei.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Fußgängerüberweg in der Rommelstraße (zwischen Alter Graben und  
Brühlstraße)**

**Blatt 3**

---

Ja: 20

Nein: -

Enthaltung: -

Einstimmig zugestimmt.

8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Pfinzgaumuseum Karlsruhe Durlach

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 7, Pfinzgaumuseum Karlsruhe Durlach**, auf.

**OR Elke-Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass die Antwort eigentlich keine Antwort sei. Sie stellten konkrete Fragen, nachdem was vorstellbar sei, ob es einen konkreten Zeitplan dafür gebe und ob es Geld dafür gebe. Eigentlich blieben genau diese Fragen im Raum hängen, weil die Antwort widerspiegele, was es kosten würde, welche Personalressourcen es brauche und wie lange eine Sanierung dauern würde. Sie wolle wissen, was jetzt sei, ob es einen Zeitplan gebe, ob man Geld habe, ob man so etwas angehen könne. Das fehle komplett.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie die Antwort in Ordnung finde. Die Verwaltung könne gar keine andere Antwort geben. Die Verwaltung habe kein Geld. Ohne Geld gebe es auch keinen Plan. Wenn man ein Plan und das Geld dafür wolle, dann sei das ein politischer Auftrag dieses Gremiums und des Gemeinderates, dafür Geld einzustellen. Es komme ja relativ klar aus der Antwort des Kulturamtes heraus, dass man nichts dagegen hätte, würde man die Unterstützung bekommen, dass man planen könne.

**OR Elke-Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass man es so interpretieren könne.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie es so interpretiere. Dann wäre es die Folge, einen interfraktionellen Antrag für die Weiterentwicklung des Pfinzgaumuseums zu stellen. Im September seien ihre Haushaltsberatungen

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,**

**17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 8: Geförderter Wohnungsbau in Durlach**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 8, Geförderter Wohnungsbau in Durlach, auf. Sie stellt keine Zusatzfragen fest.**

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 9: Verbesserung des Klimaschutzes und Stadtbildes durch Baumpflanzungen im öffentlichen Raum**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 9, Verbesserung des Klimaschutzes und Stadtbildes durch Baumpflanzungen im öffentlichen Raum,** auf.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-FRAKTION)** merkt an, dass er nicht wisse, ob darüber eine Aussprache eröffnet werden solle. Normalerweise solle man ja noch Fragen stellen oder kurz Stellung nehmen. Die Antwort sei informativ, aber auch nicht befriedigend. Wenn sie den gesamten öffentlichen Raum in Durlach heranziehen würden und die Stadt Vorschläge für genau sieben Standorte für Bäume mache, die sie auch erst gemacht hätte, nachdem ihr Antrag eingegangen sei. Gleichzeitig sei das Ergebnis der Suche nach anderen Standorten dem Ortschaftsrat über drei Jahre nicht mitgeteilt worden. So etwas mache keinen guten Eindruck. Sie würden gerne die Zusatzfrage formulieren, mit der Bitte um Beantwortung, welche Bäume geeignet seien, im öffentlichen Raum gepflanzt zu werden, auch dort wo Versorgungsleitungen verlegt seien.

**OR Anna Frey (DIE LINKE)** führt aus, dass bei der letzten Ortschaftsratssitzung das Forstamt da gewesen sei. Die hätten gesagt, dass Buchen in den Wäldern nicht mehr gepflanzt würden, weil sie nicht klimaresilient seien. Jetzt würden aber hier in der Antwort verschiedene Buchensorten genannt, die gepflanzt werden sollen. Sie sei keine Botanikerin und könne es nicht beurteilen, aber vielleicht könnten sich die Kollegen vom Forstamt mit den Kollegen vom Gartenbauamt dazu unterhalten oder ob es da einen Unterschied gebe, wenn die Bäume im Stadtgebiet oder im Wald gepflanzt würden.

**Herr Wintermeyer (StaDu)** antwortet, dass es grundsätzlich sehr viele verschiedene Buchenarten gebe. Jede habe verschiedene Standortansprüche. Obwohl es Buche heiße, Rotbuche, Weißbuche, gebe es unzählige verschiedene Sorten. Die Vorschläge, die sie gemacht hätten, seien erprobt worden. Sie seien stadtklimafest. Sie hätten also andere Wachstumsbedingungen. So eine Hainbuche, das würden sie hier stadtweit sehen, halte die Trockenheit viel besser aus, als eine Rotbuche. Deswegen sagten sie Gärtner, dass man auf den botanischen Namen achten solle und da sehe man auch die Differenzierung und dass es eine ganz andere Art und Gattung sei. Zum Wurzelraum müsse er gleich sagen, dass jeder Baum Wurzeln brauche. Die gingen nach unten und suchten sich das Wasser. Da könne er nicht sagen, er solle bitte von den Leitungen weggehen. Kleine Stauden würden auf Leitungen wachsen, aber keine Stieleichen mit Pfahlwurzeln. Das sei immer ein Widerspruch.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-FRAKTION)** antwortet, dass das nicht die Antwort auf die Frage sei, da das in anderen Städten auch anders gesehen werde.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr**

**Protokoll zu**

**TOP 9: Verbesserung des Klimaschutzes und Stadtbildes durch Baumpflanzungen im öffentlichen Raum**

**Blatt 2**

---

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** gratuliert der Vorsitzenden zum Geburtstag. Er hoffe, dass sie ihnen noch lange erhalten bleibe, in alter Schaffenskraft und bester Gesundheit. Vor zwei oder noch mehr Jahren hätten sie beantragt, dass in der Basler-Tor-Straße Bäume gepflanzt würden, weil da Baumrunden seien und es die Bäume dort nicht mehr gebe. Man habe versprochen, da einen Ersatz zu schaffen, aber es sei noch nichts passiert.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie das auch weitergeben würden. Vielleicht sei dort zwischenzeitlich auch keine Baumpflanzung mehr möglich. Das könne ja auch sein. Bei der Antwort wolle sie aber auch noch auf eines eingehen. Vielleicht sei es ihnen auch aufgefallen. Die Anfrage sei an das Gartenbauamt gegangen, sei aber ergänzt worden um einige wenige Bäume in der Antwort. Die wenigen Bäume, die genannt worden seien, seien dank einer Begehung des Ortschaftsrates mit ihrer Abteilung Gartenbau doch möglich gewesen. Vielleicht müssten sie als Ortschaftsrat öfter begehen mit ihrer Abteilung Gartenbau. Vielleicht würden sie dann tatsächlich noch ein paar Baumstandorte in Durlach finden.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** erklärt, dass sie sich auch gefreut habe, über die Begehung mit dem Gartenbauamt und sie sei sich fast sicher, dass sie vor zwei Jahren die Information vom Stadtplanungsamt bekommen hätten, dass es nicht möglich sei, auch nur einen weiteren Baum in Durlach zu pflanzen. Deswegen freue sie sich nun umso mehr, dass die Abteilung Gartenbau hier in Durlach geschafft habe, zumindest einmal sieben zu avisieren und vielleicht würden es auch noch mehr. Da wolle sie fragen, ob man der Abteilung Gartenbau ihren aufrichtigen Dank zutragen könne.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie das sehr gerne tun würden. Herr Wintermeyer nehme es gerne an. Sie dürfe sich auch bei ihm und seiner ganzen Mannschaft bedanken.



8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 10: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 10, Mitteilungen des Stadtamtes Durlach**, auf. Diese seien entsprechend verteilt und auch online gestellt worden.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 12. Juli 2023,  
17:00 Uhr  
Protokoll zu  
TOP 11: Mündliche Fragen**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 11, Mündliche Fragen**, auf.

**OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION)** führt aus, dass sie oft oben am Turmberg jogge. Am Turmberg Spielplatz falle ihr in letzter Zeit morgens auf, dass der ganze Müll komplett verteilt auf dem Boden liege. Sie wisse gar nicht, ob das an den Leuten liege, die dort feierten, oder ob es irgendwelche Tiere seien. Vielleicht könne man mal herausfinden, ob es alternative Abfallbehälter gebe, in die man den Abfall einwerfe und ihn anschließend nicht mehr mit einer Pfote herausholen könne. Sie kenne solche Dinge aus den USA, wo sie einmal gewohnt hätten. Da habe es Bear proof gegeben.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass sie es mitnehmen würden. Herr Wintermeyer habe bestätigt, dass es Tiere seien. Sie würden da gucken, ob es andere Lösungen gebe. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Die Vorsitzende:**

**Die Urkundsbeamten:**

.....  
**Alexandra Ries  
Ortsvorsteherin**

.....  
**OR Wenzel  
(FW-OR-Fraktion)**

**Der Protokollführer:**

.....  
**OR Siebach  
(SPD-OR-Fraktion)**

.....  
**Carlo Wurm  
(StaDu)**